

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: EG-Referendum - Gemeinschaftsfloaten - Nahverkehrskonzept - Internationale Energiekonferenz - Deutsch-polnische Kooperation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: EG-Referendum - Gemeinschaftsfloaten - Nahverkehrskonzept - Internationale Energiekonferenz - Deutsch-polnische Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 6, pp. 279-280

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134823>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG-Referendum

Gemischte Gefühle

Mit der Zustimmung der Briten zum Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft ist die Gretchenfrage, die den Inselbewohnern von ihrer Regierung vorgelegt wurde, positiv beantwortet worden. In Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten ist die große Mehrheit gegen den Austritt aus dem Gemeinsamen Markt einerseits mit Genugtuung, andererseits mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden – mit Genugtuung, weil eine „Periode der Ungewißheit überwunden“ (Hans-Dietrich Genscher) wurde und die Hoffnung besteht, daß nach zweieinhalbjähriger Blockade aller Entscheidungen die Briten in Zukunft voll in den europäischen Gremien mitarbeiten werden; mit gemischten Gefühlen, weil die Art der britischen Mitarbeit ungewiß ist.

Die Wahrscheinlichkeit, daß sich ihr Mitwirken auf die Erhaltung des Status quo beschränken wird und Fortschritte nur unterstützt werden dürften, wo sie für die Insel konkrete, d. h. finanzielle Vorteile mit sich bringen, ist im Augenblick noch größer als die Wahrscheinlichkeit, daß die Briten eine abrupte Kehrtwendung vollziehen (können) und dem Integrationsbestreben neue Impulse geben werden. Gegen letzteres spricht nicht nur, daß im eigenen Haus so viele Probleme der Lösung harren, die die britische Regierung voll in Anspruch nehmen. Dagegen spricht auch die Diskussion um die Vor- und Nachteile eines Verbleibs in der EG vor dem Referendum. Aufgrund dieser Diskussion ist der Gedanke nicht gerade abwegig, daß das Referendum für und wider die EG auch, wenn nicht vor allem, ein Referendum für und wider die ordnungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des linken Labour-Flügels und der Gewerkschaften war. Zweitens vermieden und umgingen die „Pro-Europäer“ jegliche Diskussion um weitergehende Integrationsziele. Wahrscheinlich hat die „Sunday Times“ recht mit ihrem Trost für die britischen Bürger, daß ihre Regierung – wie früher de Gaulle – zum internen Bremsklotz werden würde. ogm

Gemeinschaftsfloaten

Kokettieren mit der Schlange

Nichts, was die französische Politik tut, kann einfach sein. So hätte es nahegelegen, nach der Erholung des Francs ohne größere Umstände in den europäischen Währungsverbund zurückzukehren, den man selbst mitgeschaffen hatte, jedoch An-

fang 1974 „vorläufig“ verließ. Doch das wäre in französischen Augen wahrscheinlich geradezu unverzeihlich simpel gewesen.

Der tatsächlich eingeschlagene Weg mutet denn auch sehr französisch an: dem Beitritt muß erst eine längere Phase des Kokettierens vorangehen, in der ausgelotet wird, inwieweit man die bisherigen Regeln zu seinen Gunsten ändern kann. Zunächst wird der Franc-Kurs so gehalten, als ob er schon in der Schlange wäre. Nach innen hin wird dies als großer stabilitätspolitischer Erfolg, nach außen hin als besonderer Beitrag zur europäischen Integration gefeiert. Gleichzeitig läßt man die Partnerländer der Schlange wissen, daß eine solche gute Tat sicherlich ein Eingehen auf Frankreichs Vorschläge für ein „besseres Funktionieren“ des Gemeinschaftsfloatens rechtfertige. Langsam stellt sich dann auch heraus, was unter „besserem Funktionieren“ zu verstehen ist: vor allem eine Auflockerung des Systems der Saldenabrechnung und Kreditgewährung innerhalb der Schlange und eine Sicherstellung, daß die Kurse der Schlangenwährungen gegenüber dem Dollar nicht allzu stark steigen.

Den französischen Bedürfnissen würde eine solche Regelung in fast idealer Weise entgegenkommen: die Verteidigung eines stabilitätspolitisch erwünschten Franc-Kurses wird unter Schonung der eigenen Währungsreserven zum Teil vergemeinschaftet; gleichzeitig wird aber sichergestellt, daß diese Verteidigung nicht so weit geht, daß die französischen Exportmärkte ernsthaft gefährdet werden. Für die bisherigen Partner der Schlange bedeutete ein Eingehen darauf jedoch eine Aushöhung des bisher dem kleinen europäischen Währungsverbund innewohnenden „Stabilitätspotentials“.

pg

Nahverkehrskonzept

Erzwungener Wandel

Unter dem Druck der knappen öffentlichen Finanzmittel und der steigenden Defizite im öffentlichen Personennahverkehr verabschiedete die Bundesregierung ein neues Nahverkehrskonzept. Es sieht eine Reduzierung des Investitionsvolumens der öffentlichen Hand bis zum Jahre 1985 von ehemals geplanten 36 auf 30 Mrd. DM vor und vermindert gleichzeitig die erforderlichen Investitionshilfen des Bundes um ca. 3 Mrd. DM. Mit den Kürzungen soll eine Konzentration der verbliebenen Mittel einhergehen, um ihre wirtschaftliche Verwendung zu gewährleisten. Zudem soll durch die Gründung öffentlich-rechtlicher Zweckverbände für einzelne Nahverkehrsregionen der Kompetenzwirrwarr behoben werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können als Beginn eines Wandels in der bisherigen Nahverkehrspolitik gewertet werden, deren eindeutiger Schwerpunkt in dem vorrangigen Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs lag. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, daß der Ausbau moderner Schnellbahnsysteme den Autofahrer nicht zum Umsteigen auf öffentliche Nahverkehrsmittel motivieren konnte. Insofern verbesserten auch die aufwendigen Investitionen nicht die finanzielle Situation der Nahverkehrsunternehmen; statt dessen führten ihre – oft zu niedrig angesetzten – Folgekosten zu einer nachhaltigen Vergrößerung der Defizite. Die nunmehr beabsichtigte regionale Konzentration der Förderungsmittel, die mit einem verstärkten Ausbau kommunaler Straßen einhergehen soll, läßt eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr in den Regionen erwarten, in denen der Bau schienengebundener Nahverkehrssysteme wirtschaftlich nicht vertretbar ist. te

Internationale Energiekonferenz

Einlenken der Industrieländer?

Ende Mai tagte in Paris die Internationale Energieagentur (IEA); erstmals unter Teilnahme auch der Außenminister trat anschließend der OECD-Ministerrat zusammen. Hauptthema der beiden Treffen: die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Vorbereitung einer internationalen Energiekonferenz.

Der geplante Dialog zwischen Erdölländern und Industriestaaten war im April dieses Jahres nicht zustande gekommen, weil sich vor allem die Amerikaner gegen eine Ausweitung der zu behandelnden Themen über die Energieproblematik hinaus auch auf andere Rohstoffe gesperrt hatten. In letzter Zeit deuteten jedoch Äußerungen Außenminister Kissingers und anderer führender amerikanischer Politiker darauf hin, daß die USA ihre ablehnende Haltung in dieser Frage aufzugeben bereit wären. In Paris sollte nun eine entsprechende Stellungnahme aller westlichen Industrieländer abgegeben werden.

Ob das vom OECD-Ministerrat verabschiedete Schlußkommunique die erhoffte Signalwirkung an die Adresse der Erdölstaaten bzw. der übrigen Entwicklungsländer haben wird, ist allerdings zu bezweifeln. In seiner Stellungnahme unterstreicht der Rat zwar die Wichtigkeit nicht nur der Energie-, sondern auch aller anderen Rohstoffprobleme und betont den Willen der 18 Mitgliedstaaten, „die Entwicklungsländer künftig stärker an den Vorteilen einer expandierenden Weltwirtschaft teilhaben zu lassen“. An anderer Stelle heißt es aber

auch, daß der Dialog „in allen hierfür zuständigen Organen“ stattfinden soll. Hinter diesem Satz steht nichts anderes als die bekannte amerikanische Forderung nach Aufsplitterung der Verhandlungen auf verschiedene Gremien. Da die Entwicklungsländer, unterstützt von den OPEC-Staaten, aber nach wie vor auf einer gemeinsamen Behandlung aller Rohstoffe bestehen, sind die eigentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den potentiellen Verhandlungspartnern noch immer nicht aus dem Weg geräumt. fjj

Deutsch-polnische Kooperation

Im Zeichen der Rohstoffsicherung

Die vor kurzem auf polnische Initiative hin begonnenen Wirtschaftsgespräche mit der Bundesrepublik sollen dazu dienen, das am 1. November 1974 zwischen den beiden Ländern abgeschlossene langfristige Kooperationsabkommen mittels zusätzlicher vertraglicher Abmachungen zu konkretisieren. Polen erhofft sich hiervon Anhaltspunkte für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans 1976–1980. In erster Linie geht es der polnischen Seite darum, in diesem Zeitraum ihre bislang durch einen hohen Anteil von Rohstoffen, Agrarprodukten und Lebensmitteln gekennzeichnete Lieferstruktur durch höherwertige Fertigprodukte der Maschinenbau-, Metall- und chemischen Industrie zu verbessern. Ein probates Mittel dazu sehen die Polen in der Unternehmenskooperation, die in Zukunft allerdings größere als die bisher vereinbarten ca. 200, z. T. nur sehr kurzfristig angelegten Projekte umfassen soll.

Der angestrebte Strukturwandel harmoniert jedoch nicht unbedingt mit den Interessen der Bundesrepublik. Denn diese sind gemäß dem Bonner Außenhandelskonzept, die Rohstoffbeschaffung auf eine größere Anzahl von Ländern zu verteilen, darauf gerichtet, hieb- und stichfeste Abmachungen über die Erschließung und Ausbeutung polnischer Rohstoffvorkommen, vor allem der reichhaltigen Reserven an Kupfer, Steinkohle und Schwefel, zu erlangen. Immerhin könnte es der polnischen Seite zumindest auf mittlere Sicht gelingen, über den forcierten Rohstoffexport die prekäre Handelsbilanzsituation – allein im Jahre 1974 ergab sich ein Defizit von 2,2 Mrd. DM – zu verbessern. Damit würden auch wieder die Möglichkeiten wachsen, verstärkt zu importieren. Auf der polnischen Wunschliste stehen vor allem Investitionsgüter, die für die weitere Industrialisierung des Landes wichtig sind. Diese könnten die Exportkraft und auf längere Sicht auch die Exportstruktur der polnischen Wirtschaft verbessern helfen. ud